

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 03.03.2015
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Meinen, Regina
Meyer, Elfriede
Scheffel, Enno

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Lechner, Katja

FDP-Fraktion Grundmandat

Fooker, Ralf

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Jensen, Imke

Mühlhausen, Irmgard

für Marion Jacobs

Beratende Mitglieder

Dietz, Ralf-Günter

Engelberts, Birte

Fielers, Stephan

Ouedraogo, Abdou

Weber-Trappiel, Franziska

Wilts, Elfriede

Fekken, Okka

Reibe, Ulf

Sprengelmeyer, Thomas

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Frein, Markus

Lücht, Richard

Ubben, Wolfgang

Santjer, Onno

Szag, Elisabeth

Protokollführung

Lenzion, Daje

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Gast

Gärtner, Holger

Polizei Emden

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Sprengelmeyer erklärt, die SPD-Fraktion habe darum gebeten, die Tagesordnungspunkte 10 „Ferienpass 2014 – Bericht über den Ferienpass“ und 11 „Kinder- und Jugendschutz“ zu vertagen, da um 19:00 Uhr eine SPD-Fraktionssitzung anschließt.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.12.2014 - öffentlicher Teil -

Beschluss: Das Protokoll Nr. 25 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.12.2014 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Familienhebammen
Familienkinderkrankenschwester
Vorlage: 16/1613

Herr Sprengelmeyer begrüßt die Anwesenden. Er erklärt, die Themen Sicherung des Kindeswohles sowie die Entwicklung der Fallzahlen im Bereich der Hilfen zur Erziehung würden in den letzten 10 Jahren im Fokus der Öffentlichkeit stehen.

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Die Fallzahlen im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung hätten sich innerhalb von acht Jahren kontinuierlich gesteigert. Im Jahre 2006 habe es 80 Fälle gegeben, im Jahre 2014 hingegen schon 220 Fallzahlen.

Er teilt mit, die Entwicklung im stationären Bereich der Heimunterbringung habe in den letzten Jahren stagniert. Die Fallzahlen im Pflegedienst bei den Pflegekindern seien leicht gestiegen.

Es stelle sich daher die Frage, welche Maßnahmen geeignet seien, gegen die Entwicklung im ambulanten Bereich zu wirken. Eine bundesweit anerkannte Maßnahme präventiv gegen die Fallzahlsteigerungen zu wirken, sei der Einsatz von Familienhebammen. Der Einsatz von Familienhebammen werde in Zusammenarbeit mit dem Klinikum Emden seit 2009 durchgeführt. Er begrüßt die Vertreter des Klinikums Emden.

Er erläutert, dass seit dem vergangenen Jahr zwischen der Stadt Emden und dem Klinikum Emden mit externer Moderation ein Konzept ausgearbeitet werde, das in einem Treffen mit allen Fraktionen vorgestellt worden sei. Er stellt fest, bei der Konzeptentwicklung sei es sehr hinderlich gewesen, dass das Klinikum Emden bisher nur Jahresverträge abschließen könne. Er erläutert, dass der erste Teil der Beschlussfassung daher vorsehen würde, dass das Projekt Familienhebamme zunächst für die Dauer von fünf Jahren weiter geführt werde, damit seitens des Klinikums die Möglichkeit besteht, mittel- bis langfristige Arbeitsverträge abschließen zu können. Das Klinikum Emden sowie die Frühförderstelle seien als Vertreter anwesend, da diese Einrichtungen kontinuierlich steigende Bedarfe im Bereich Familienhebammen melden würden.

Er erläutert, dass von der Familienhebamme aktuell 15 Familien betreut würden.

Das Projekt Familienhebamme beziehe sich auf den frühkindlichen Bereich und auf den Säuglingsbereich mit Säuglingen im Alter bis zu einem Jahr. Danach könne die Familienhebamme die Familien nicht mehr betreuen. Die Verwaltung mache in Zusammenarbeit mit dem Klinikum Emden daher den Vorschlag, das Teilprojekt Familienkinderkrankenschwester aufzubauen, sodass nach Vollendung des ersten Lebensjahres die Familien weiterhin betreut werden können oder auch neuen Bedarfen begegnet werden könne. Er gibt an, das Teilprojekt Familienkinderkrankenschwester sei ein Ergebnis der Konzeptentwicklung, dessen Inhaltsangabe als Anlage beigefügt worden sei. Er verweist insbesondere auf Seite 14 der Inhaltsangabe „Qualitätsmanagement/Evaluation“, da dieses der dritte Teil der Beschlussfassung sei. Er führt aus, dass das Teilprojekt Familienkinderkrankenschwester zunächst für ein Jahr dem Projekt Familienhebamme ergänzt werde und anschließend erfolge eine Ergebnisvorstellung. Am Ende des Jahres sei eine Ergebnisvorstellung vorzunehmen, in der qualifiziert dargestellt werde, ob sich das Teilprojekt bewährt habe und wie die Prognose für die nächsten Jahre sein werde.

Er stellt heraus, die finanziellen Auswirkungen seien besonders wichtig. Die Gesamtsumme des Projektes könne aus den Transferaufwendungen des Produktes 3632001 Förderung der Erziehung in der Familie mit einem Ansatz von 874.000,00 € finanziert werden.

Frau Meinen bedankt sich. Die SPD-Fraktion habe sich mit der Vorlage sehr intensiv befasst und Herrn Sprengelmeyer in die Fraktion eingeladen, um vorab offene Fragen zu klären.

Sie erklärt, es sei sehr gut, das Projekt Familienhebamme für weitere fünf Jahre fortzusetzen, da dadurch Ruhe in das Projekt kommen werde und die Familienhebammen mehr Planungssicherheit bekommen würden.

Sie stellt die Frage, ob die mit einer ¼ Stelle eingesetzte Sozialarbeiterin in dem alten Projekt Familienhebamme mit eingeplant gewesen sei oder ob diese Stelle neu aufgestellt werde.

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Sie bemängelt, dass kein komplettes Konzept oder Konzeptentwurf vorgelegt worden sei. Sie bittet darum, vor den Sommerferien ein komplettes Konzept mit Anlagen zu erhalten.

Weiterhin möchte sie geklärt haben, ob das geplante neue Zentralkrankenhaus mit in der Konzeptentwicklung aufgeführt sei und ob das Projekt mit einem Zentralkrankenhaus kompatibel sei.

Frau Engelberts schließt sich den Ausführungen von Frau Meinen an. Sie gibt an, es sei sehr begrüßenswert, dass die Familienhebammenzentrale weiterhin am Klinikum Emden angesiedelt werde. Sie könne dem Inhalt entnehmen, dass eine Kooperation mit der Kinderstation vorgesehen sei. Sie bemerkt, im Klinikum werde es einen niederschweligen Zugang zu den Familien geben, da die meisten Frauen im Klinikum entbinden und betreut würden.

Sie bedauert ebenfalls, dass den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses kein komplettes Konzept vorgelegt worden sei. Sie habe die Erwartung, dass sich mit den Inhalten des Konzeptes auseinandergesetzt werde, da die Familienhebammenzentrale eine wichtige Schnittstelle im Bereich der Frühen Hilfen sei.

Sie bemerkt, die Kooperation mit der Kinderstation sei erwähnt und fragt, ob auch die Kooperation mit der Neugeborenen-Station und der Geburtshilfe angedacht werde. Weiterhin fragt sie, wie die Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Hebammen aussehe.

Sie möchte geklärt wissen, durch wen die Sozialarbeiterstelle derzeit besetzt sei oder ob eine neue Kollegin eingestellt werde.

Frau E. Meyer fragt, ob die Familienkinderkrankenschwester auch Säuglinge von Anfang der Geburt betreue oder ob die Familienkinderkrankenschwester die Familien mit Kindern über einem Jahr betreuen werde. Weiterhin fragt sie, wie die Familienkinderkrankenschwester auf die Familien, die eine Unterstützung bei der Erziehung und Betreuung ihrer Kinder benötigen, aufmerksam gemacht werde.

Sie schließt sich der Frage von Frau Engelberts in Bezug auf die Sozialarbeiterstelle an.

Herr Sprengelmeyer erläutert, zur Konzeptfertigstellung müsse zunächst der Rahmen beschlossen werden. Es müsse Klarheit bestehen, ob das Projekt verstetigt werden soll und ob sich das Angebot auch auf Familien mit Kindern, die älter als ein Jahr sind, beziehen soll. Wenn ein anderer Rahmen seitens des Jugendhilfeausschusses gewünscht werde, müsse das Konzept neu entwickelt oder gestrichen werden. Er betont, es habe keinen Zweck, das Projekt Familienhebamme weiterhin mit einer Befristung von einem Jahr fortzuführen. Es gehe zunächst um den Rahmen, das Projekt Familienhebamme für die Dauer von fünf Jahren weiter fortzuführen und um das Teilprojekt Familienkinderkrankenschwester zu ergänzen. Er gibt an, wenn der Rahmen feststehe, könne er zur nächsten Jugendhilfeausschusssitzung das fertige Konzept zur Beschlussfassung vorlegen.

Er erklärt, das Thema Zentralkrankenhaus werde im jetzigen Konzept noch nicht berücksichtigt. In Zukunft werde das Thema jedoch in enger Abstimmung mit dem Klinikum Emden thematisiert und berücksichtigt werden, dieses sei allerdings noch zu früh.

Er gibt an, die Sozialarbeiterstelle sei auch im alten Konzept eingeplant gewesen. Die Stelle sei aber schwankend besetzt gewesen und zurzeit gar nicht besetzt. Die Sozialarbeiterin werde die Hebamme bei der Auswahl der Familien und bei der Reflektion unterstützen. Ebenso werde sie die Familien an weiterführende Institutionen vermitteln.

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Er fragt, ob Herr Dr. Wosnitza vom Klinikum Emden zum Teilprojekt Familienkinderkrankenschwester Stellung nehmen könne.

Frau Grix erteilt Herrn Dr. Wosnitza das Wort.

Herr Dr. Wosnitza erklärt, er sei seit zwei Jahren im Steuerkreis Frühe Hilfen. Es werde ein Überblick erarbeitet, was Kinder der Stadt Emden brauchen, um vernünftig versorgt zu sein. An vorderster Stelle gehöre der Aspekt Frühe Hilfen. Es ginge nicht nur um die pädagogische Unterstützung, sondern auch um eine gewisse medizinische Unterstützung der Familien.

Er sei froh, dass es zwei Familienkinderkrankenschwestern gebe, die Familien mit Kindern, die älter als ein Jahr sind, zukünftig weiter betreuen könnten. Er sagt, die Probleme würden nicht aufhören, wenn das Kind ein Jahr alt geworden sei. Es höre lediglich das Angebot der Betreuung durch die Familienhebamme auf. Er habe den Eindruck, dass immer mehr Familien, deren Kinder älter als ein Jahr sind, Unterstützung benötigen würden. Das liege u. a. daran, dass immer mehr sozialschwache Familien in der Stadt lebten oder einige junge Eltern nicht den benötigten Rückhalt durch ihre Familien bekämen.

Es sei wichtig, ein niedrighschwelliges Angebot anbieten zu können. Er glaubt, über die Anlaufstelle Kinderklinik sei die Schwelle der Familien, Kontakt aufzunehmen und Hilfe zu suchen, sehr gering. Er betont, er halte das Projekt Familienhebamme mit Ergänzung des Teilprojekts Familienkinderkrankenschwester für extrem wichtig.

Er bittet, daran zu denken, dass es bei dem Projekt Familienhebamme nicht nur um die Planungssicherheit der Familienhebamme gehe, sondern an erster Stelle um die Familien und deren Kinder. Sollte das Projekt abgelehnt werden, würden 15 Familien ohne Unterstützung und Hilfe dastehen. Er betont, alle hätten eine hohe Verantwortung gegenüber diesen Kindern und daher müsse an erster Stelle an die Kinder gedacht werden, die unterstützt werden müssten.

Frau Grix bedankt sich und bittet um weitere Wortmeldungen.

Herr Ouedraogo erklärt, er unterstütze das Projekt. Er habe die Meinung, durch die Planungssicherheit könne das Konzept besser entwickelt werden. Er glaubt, durch das Projekt Familienkinderkrankenschwester könne die Entwicklung im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung gestoppt werden. Daher findet er es wichtig und notwendig, in die Projekte Familienhebamme und Familienkinderkrankenschwester weiterhin zu investieren.

Frau Fekken unterstreicht, das Projekt Familienhebamme sei auch im Namen des Netzwerkes Junge Schwangere/Junge Eltern völlig unstrittig. Das erste Projekt, das das Netzwerk auf den Weg bringen wollte, sei die Familienhebammenzentrale gewesen. Sie erläutert, das Projekt habe sich mittlerweile bundesweit durchgesetzt. Sie betont, dieses sei ein ganz wichtiger Baustein zur Primärprävention in der Kette der Hilfen und mittlerweile nicht mehr weg zu denken. Sie unterstreicht, dass das Netzwerk Junge Schwangere/Junge Eltern auf gar keinen Fall auf das frühzeitige Angebot verzichten wolle. Sie betont, dass endlich Kontinuität in das Projekt kommen müsse, da der permanente Wechsel der Beteiligten sehr unbefriedigend gewesen sei.

Sie äußert, das Projekt Familienhebamme und Familienkinderkrankenschwester sei ein sinnvolles Angebot und man könne nur solange zusammenarbeiten, wie es ein verlässliches Gegenüber gebe, welches auf einer verlässlichen Grundlage eingestellt werde.

Sie weist darauf hin, dass sie in Kontakt mit den Landkreisen Leer und Aurich stehe, wo diese Projekte auf unterschiedliche Art und Weise angeboten werden.

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Sie habe es somit im Blick, dass das Projekt weitergeführt werde, sollte ein Zentralkrankenhaus entstehen. Sie glaubt, dieses sei jedoch selbstverständlich.

Sie meint, die Strukturen müssen weiter gestrafft werden und es müsse dem Auftrag im Sinne des Bundeskinderschutzgesetzes nachgekommen werden.

Die Frage der Sozialarbeit sei bei der Konzeptionserstellung immer wichtig gewesen, da es im Bereich der Frühen Hilfen außer dem Gesundheitsbereich noch andere Fragestellungen gebe. Es werde eine Schaltstelle benötigt, die die Vernetzung herstellen werde. Es müsse Kontakt zum Sozialen Dienst oder auch zur Frühförderstelle entstehen.

Frau Meinen bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Dr. Wosnitza. Es habe sich die Frage ergeben, ob beide Familienkinderkrankenschwestern das Teilprojekt zusammen mit 0,5 Stellen betreuen werden.

Frau Grix erteilt Herrn Geerken vom Klinikum Emden das Wort.

Herr Geerken erklärt, beide Familienkinderkrankenschwestern würden sich den Stellenanteil mit je einer halben Stelle teilen, um eine gute Vertretungsmöglichkeit zu schaffen. Er gibt den Hinweis, dass die Kinderklinik nicht nur zuständig für den Bereich Kinderklinik B32 sei, sondern auch im Bereich der Geburtshilfe aktiv tätig sei. Er betont, dort dürfe kein Missverständnis entstehen.

Frau Engelberts bedankt sich für die wichtige Information bzgl. der Kinderklinik. Sie teilt die Ansicht von Frau Fekken, dass die Familienhebamme aus dem System Frühe Hilfen, die sich mittlerweile bundesweit etabliert habe, nicht mehr wegzudenken sei.

Sie betont, sie begrüße es sehr, dass die Mitteilungsvorlage zeige, dass die Familienhebammenzentrale zukünftig besser personell ausgestattet werde. Sie habe den Schilderungen von Herrn Sprengelmeyer entnommen, dass zurzeit eine Familienhebamme insgesamt 15 Familien intensiv begleite und betreue. Die Vertretbarkeit im Krankheitsfall müsse ebenso gewährleistet werden. Sie begrüßt es, dass ein Sozialarbeiter bei der Familienhebammenzentrale mitarbeiten werde. Weiter führt sie aus, der Stundenumfang für den Sozialarbeiter sei mit 9,5 Stunden sehr niedrig. Sie empfiehlt daher, im Klinikum Emden nach einem Sozialarbeiter zu schauen, der den Stundenumfang mit übernehmen könne, damit die Qualitätssicherung gewährleistet werde und es in der Zukunft keinen großen Personalwechsel geben werde.

Beschluss:

1. Das Projekt Familienhebammen wird zunächst für die Dauer von fünf Jahren weiter geführt.
2. Das Projekt Familienhebammen wird für das Jahr 2015 um einen Projektteil Familienkinderkrankenschwester ergänzt. Anschließend erfolgt insoweit eine Ergebnisvorstellung.
3. Zum Ende eines jeden Jahres wird im Vorfeld des Haushaltsbeschlusses über den Verlauf und die Prognose im JHA Bericht erstattet.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Verlässliche Schulkindbetreuung an der Grundschule Herrentor
Vorlage: 16/1614

Herr Ubben begrüßt die Anwesenden. Er erläutert, zum Schuljahr 2015/2016 werde die Grundschule Herrentor in das Gebäude der Wallschule umziehen. Aus Sicht der Verwaltung sei es sinnvoll, die an der Grundschule Herrentor ansässige Hortbetreuung mit in das Gebäude der

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Wallschule umziehen zu lassen. Er argumentiert, der Vorteil sei, dass die Schule und der Hort in einem Gebäude untergebracht sein würden. Es bestehe die Möglichkeit, zwei volle Hortgruppen mit jeweils 20 Kindern einzurichten. Es würden acht zusätzliche Hortplätze geschaffen werden, sodass am neuen Standort insgesamt 40 Kinder betreut werden könnten.

Er hebt hervor, dass zwei getrennte Systeme von zwei unterschiedlichen Trägern zusammengeführt werden müssten. Im Anschluss an den Ganztagschulbetrieb, der bis ca. 15:30 Uhr ginge, würde dann die Hortbetreuung stattfinden. Die Hortbetreuung werde auch am Freitagnachmittag sowie in der Ferienzeit gewährleistet. Letztendlich gehe es jedoch um ein gemeinsames Konzept. Die Beschlussvorlage habe die Intention, zunächst eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen, ob die Hortbetreuung mit in das Gebäude der Wallschule umziehen könne und ob die Hortbetreuung von 32 auf 40 Kindern ausgeweitet werden könne.

Er weist auf die zusätzlichen finanziellen Folgen in Höhe von 32.000,00 € hin.

Weiterhin bemerkt er, ein Konzept liege in Grundzügen vor. Jedoch könne dieses bisher noch nicht vorgelegt werden, da ein komplett neues Gebäude bezogen werde und der Verein „Grüner Baum“ einen neuen Vorstand habe, der sich zunächst einarbeiten müsse.

Frau Meinen stimmt der Vorlage zu. Sie betont, die Verlässlichkeit von Grundschule müsse gewährleistet sein. Sie weist darauf hin, das Thema Schulkindbetreuung sei auch im Schulausschuss thematisiert worden. In diesem Zusammenhang regt sie an, zukünftig auch gemeinsame Sitzungen mit dem Schulausschuss zu planen.

Frau Lechner bittet um Auskunft, welche Räume im Gebäude der Wallschule für die Betreuung der 40 Schulkinder zur Verfügung stehen werden.

Herr Ubben gibt an, dass zwei ehemalige Klassenräume mit einer Größe von ca. 60qm zur Verfügung stehen würden. Für eine Gruppe brauche man mindestens 40qm. Zusätzlich werde ein Schulaufgabenraum gestellt. Er erwähnt, dass die Räume im Erdgeschoss bzw. im Hochparterre liegen würden.

Herr Ohling fragt, ob die Nachfrage der Erweiterung des Hortangebotes um 8 Plätze von den Grundschulern der Grundschule Herrentor komme oder ob die Grundschüler von einer anderen Schule kommen werden.

Herr Ubben erläutert, der Verein Kinderzukunft „Grüner Baum“ berichte regelmäßig, dass das vorhandene Angebot zu gering sei. Aufgrund der räumlichen Verhältnisse könne das Angebot zurzeit nicht erweitert werden. Folglich würden die neuen Hortplätze von Schülern der Grundschule Herrentor nachgefragt werden.

Frau Weber-Trappiel bedauert, dass die Entwicklung in diese Richtung gehe. Sie habe die Meinung, Kinder seien im früheren Hort teilweise besser betreut. Sie bemängelt, die Schulkinder der 5. und 6. Klassen könnten das Hortangebot nicht wahrnehmen. Sie gibt an, dass das Konzept sehr gut sei. Man müsse jedoch darüber nachdenken, die Jugendtreffs in der Gegend in die Hortbetreuung mit einzubinden, sodass die Jugendtreffs eine verlässliche Schulkindbetreuung für die weiterführenden Schulen anbieten könnten.

Herr Sprengelmeyer bedankt sich für den Hinweis und erläutert, dass bereits Termine zur Klärung des Problems gemacht worden seien. Er betont, es gehe ausschließlich um die Entwicklung von Ganztagschulen.

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Beschluss: An der Grundschule Herrentor wird zum Schuljahr 2015 / 2016 ein Betreuungsangebot entsprechend den Vorgaben des Nds. KiTaG im Anschluss an die Ganztags schulbetreuung in Trägerschaft des Vereins Kinderzukunft „Grüner Baum“ e. V. eingerichtet.

Ergebnis: einstimmig

TOP 7 Zuschüsse an Vereine und Verbände aufgrund der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit
Vorlage: 16/1615

Ergebnis: Diese Vorlage wurde ersetzt

TOP 7.1 Zuschüsse an Vereine und Verbände aufgrund der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit
Vorlage: 16/1615/1

Herr Reibe begrüßt die Anwesenden. Er erklärt, die Vorlage sei als Tischvorlage vorgelegt worden, da der Antragsschluss auf Zuschüsse der 01.03.2015 gewesen sei und nach diesem Termin mit weiteren Antragseingängen zu rechnen gewesen sei.

Er berichtet, die Anmeldezahlen seien in diesem Jahr erheblich eingebrochen. Es könne daran liegen, dass viele Anträge noch nicht gestellt worden seien. Bisher seien 20 Jugendgruppen weniger angemeldet als im letzten Jahr. Im Bereich der Ferienmaßnahmen seien es 9 Maßnahmen weniger. Er betont, die endgültigen Zahlen könne er erst in der nächsten Sitzung liefern, sobald die einzelnen Träger ihre Anträge nachgereicht hätten. Er stehe zurzeit mit der Kirchengemeinde Christ König in Verhandlung, die mit der Jugendarbeit gestartet sei und einen Antrag auf Betriebskostenzuschuss stellen werde.

Weiterhin nimmt er zu den Ausnahmegenehmigungen Stellung.

Der Kreisverband der AWO-Emden habe immer eine Ausnahmegenehmigung für die Gruppengröße sowie für die Anzahl der Betreuer für das Jugendlager in Grandcamp in Frankreich erhalten.

Für den Verein Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e. V. sei der Betreuerschlüssel um 2 Betreuer für die Kinder- und Jugendberufshilfe in Zorge im Harz erweitert worden, da u.a. bei diesen Maßnahmen nun selbst gekocht werde.

Der Verein internationales Emden e. V. habe einen Antrag auf eine Bezuschussung einer 3-tätigen Fahrt nach Hamburg gestellt. Da der Verein mit seiner Jugendarbeit startet, solle der Verein für das Projekt eine einmalige Ausnahmegenehmigung für einen geringen Zuschuss erhalten.

Weiterhin solle die BBS I Emden für die Durchführung des regelmäßigen Austausches mit Archangelsk eine Ausnahmegenehmigung erhalten, um den Gegenbesuch in Archangelsk zu finanzieren. Er betont, dass Schulen grundsätzlich von Förderzuschüssen im Bereich Kinder- und Jugendarbeit ausgeschlossen seien.

Frau Lechner fragt, ob die Fahrt nach Hamburg des Vereins Internationales Emden e. V. mit nur 203,00 € gefördert werde.

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Herr Reibe erläutert, die Fahrt nach Hamburg sei lediglich über einen Zeitraum von 3 Tagen geplant, sodass letztendlich 2 Übernachtungen finanziert würden. Er gibt an, dass pro beteiligtes Kind ein Zuschuss von 3,50 € gewährleistet werde. Wenn Fahrten über einen kurzen Zeitraum seien, werde auch nur ein geringer Betrag gefördert.

Beschluss: An Vereine und Verbände werden entsprechend der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit die aus der Anlage zur Vorlage ersichtlichen Zuschüsse für Jugendgruppen, sonstige Zuschüsse, Fahrten und Lager, internationale Begegnungen und sowie Kinder- und Jugenderholung gezahlt.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Partnerstadt Archangelsk, die an den internationalen Begegnungen in Frankreich und Emden teilnehmen, werden wie Emdener Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefördert.

Der Kreisverband der AWO-Emden erhält eine Ausnahmegenehmigung für die Gruppengröße sowie für die Anzahl der Betreuer für die Internationale Begegnung in Grandcamp/Frankreich.

Der Verein Eltern- und Kinderzentrum Wackelpeter e.V. erhält eine Ausnahmegenehmigung für den Betreuerschlüssel für die Kinder- und Jugenderholung in Zorge im Harz.

Der Verein Internationales Emden e.V. erhält eine einmalige Ausnahmegenehmigung für einen geringen Zuschuss, damit die Kinder- und Jugendlichen des Vereins an einer 3tägigen Fahrt nach Hamburg partizipieren können.

Die BBS I erhält eine Ausnahmegenehmigung zur Durchführung einer Internationalen Begegnung (Gegenbesuch aus Archangelsk) in Emden.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Veränderung des Betreuungsangebotes für Kindertageseinrichtungen in Emden;
AWO-Kindergarten Sonnenstrahl
Vorlage: 16/1553/1

Herr Ubben erklärt, der Träger – AWO KV Emden e.V. – habe für die Kindertageseinrichtung Sonnenstrahl im Stadtteil Borssum einen Antrag über die Erweiterung der Betreuungszeiten gestellt. In einem Gespräch zwischen dem Träger und der Verwaltung sei sehr deutlich geworden, dass dem ursprünglichen Antrag des Trägers, die Betreuungszeit auf 20 Stunden zu erhöhen, nicht entsprochen werden könne. Das Anbieten der ursprünglich beantragten Betreuungszeiten mit Folgekosten in Höhe von 24.000,00 € sei aufgrund des Fachkräftemangels zurzeit nicht möglich.

Er stellt heraus, die Erweiterung der Sonderöffnungszeit auf zusätzlich 12,5 Betreuungsstunden mit Folgekosten in Höhe von 15.000,00 € hingegen könne derzeit entsprochen werden. Langfristig sei das Ziel, die Öffnungszeiten der Kindergarteneinrichtungen stetig auszuweiten, um das Angebot an die Öffnungszeiten der Krippen anzugleichen.

Herr Jahnke befürwortet die Erweiterung der Sonderöffnungszeiten. Er ergänzt, wie auch Bestandteil der Vorlage sei, müsse zukünftig über die Finanzierung der steigenden Betriebskosten durch die Ausweitung der Öffnungszeiten gesprochen werden. Nicht nur der Fachkräftemangel sollte berücksichtigt werden.

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Im Zuge des strukturellen Haushaltsdefizites müsse das Thema Finanzierung der steigenden Betriebskosten thematisiert werden. In diesem Zusammenhang regt er an, bei den Erweiterungen der Öffnungszeiten zukünftig auch über Gebührenstrukturen zu sprechen.

Beschluss: Die neu beantragte und in der Begründung aufgeführte Erweiterung der Betreuungskapazität von mehr als 10 Kindern in der Sonderöffnungszeit sowie die Ausweitung der Sonderöffnungszeit für den AWO-Kindergarten Sonnenstrahl wird grundsätzlich bewilligt. Die Erweiterung der Betreuungskapazität in der Sonderöffnungszeit sowie die Ausweitung der Sonderöffnungszeit wird vorerst zeitlich befristet für die Dauer von einem Jahr ab dem 01.08.2015 gewährt werden.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Kommunaler Präventionsrat/Arbeitskreis Verkehrsprävention
Vorlage: 16/1516

Frau Grix begrüßt Herrn Gärtner der Polizei Emden sowie Herrn Santjer und bittet um Vorstellung des Kommunalen Präventionsrates/Arbeitskreis Verkehrsprävention.

Herr Santjer begrüßt die Anwesenden. Er habe einen Flyer ausgelegt, in dem die Struktur des Kommunalen Präventionsrates verdeutlicht werde. Auf Seite 2 des Flyers „Kommunaler Präventionsrat“ würden u.a. die einzelnen Arbeitskreise aufgezeigt. Einer der aktivsten Arbeitskreise sei der Arbeitskreis Verkehrsprävention, dessen Vertreter Herr Gärtner sei. Schwerpunkt der Arbeit des Arbeitskreises Verkehrsprävention sei die Vorbereitung und Durchführung der Verkehrssicherheitstage.

Herr Gärtner begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für die Einladung. Er sei Verkehrssicherheitsberater der Polizei Emden und Vertreter des Arbeitskreises Verkehrsprävention. Er betont, das Thema Prävention an Schulen und Kindergärten sei sehr wichtig.

Anschließend erläutert er anhand einer Power-Point-Präsentation das Projekt „Kommunaler Präventionsrat/ Arbeitskreis Verkehrsprävention“. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Dietz bedankt sich für den Vortrag. Er empfiehlt allen Grundschulen an den Verkehrssicherheitstagen teilzunehmen, da das Konzept hervorragend umgesetzt werde. Er sei der Ansicht, das Thema Bussicherheit müsse gesondert behandelt und erweitert werden, da die Zahl der Konflikte im Bus stetig steigen würden. (Einige Schüler seien in der Schule stundenlang nicht ansprechbar.) Er äußert die Bedenken, dass die Gewalt im Bus durch die Beförderung von Schülern von Barenburg nach Borssum nochmals ansteige. Er betont, mit dem Thema Bussicherheit müsse man sich in Zukunft verstärkt befassen.

Frau E. Meyer bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Sie schildert, dass sie nicht gewusst habe, dass die Polizei Emden so intensiv an dem Thema Verkehrsprävention arbeite. Sie spricht allen beteiligten Freiwilligen und den beteiligten Firmen einen Dank aus.

Herr Fooker bedankt sich für den interessanten Vortrag. Er fragt, ob alle Emdener Grundschulen an den Verkehrssicherheitstagen teilnehmen würden.

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Frau Fekken stellt fest, im Laufe der Jahre würde das erlangte Wissen der Verkehrssicherheitstage bei den Kindern nicht mehr sehr präsent sein. Sie schlägt vor, für ältere Kinder ebenfalls eine Veranstaltung zum Thema Verkehrssicherheit durchzuführen, um das Wissen der Kinder aufzufrischen.

Frau Lechner bedankt sich für den Vortrag und für die Aktion Verkehrssicherheitstage. Sie bestätigt, dass die Gewalt im Bus und am Bahnhof verstärkt zunehme. Immer mehr Schüler hätten Angst mit dem Bus zur Schule zu fahren, wodurch sich viele Schüler häufiger krankmelden würden. Sie glaubt, durch die Aufhebung der Schulbezirke verstärke sich diese Tendenz, da viele problematische Schüler am Bahnhof aufeinander treffen würden und es dort häufiger zu Gewalttätigkeiten kommen könnte.

Herr Gärtner antwortet, das Thema Bussicherheit und Umsteigen am Bahnhof sei der Polizei Emden bekannt. In einigen Arbeitskreisen werde diskutiert, wie mit dem Thema umgegangen werden könne. Persönlich seien ihm keine hohen Zahlen von Körperverletzungsdelikten, die angezeigt worden seien, bekannt. Er betont, er könne derzeit keine Ergebnisse oder Lösungen vorschlagen. Er regt an, Schüler aus den 10. Klassen zu Busbegleitern auszubilden, die möglichst durch eine Weste oder ähnlichem kenntlich gemacht werden.

Er antwortet Herrn Fooken, dass in der Regel alle 4. Klassen der Emdener Grundschulen an den Verkehrssicherheitstagen teilnehmen würden. Es gebe immer Einzelfälle, in denen eine Grundschule aus organisatorischen Gründen nicht an den Verkehrssicherheitstagen teilnehmen könne.

Er gibt an, dass die Problematik ab der 5. Klasse in Richtung Gewalt- und Verhaltensprävention ginge. Er habe an der Schule Wybelsum schon mit einer 5. und 6. Klasse zusammen gearbeitet. Er weist darauf hin, wenn Schulen den Arbeitskreis einladen würden, werde er auch eine Veranstaltung für ältere Kinder anbieten. Da der Arbeitskreis Verkehrsprävention sehr ausgelastet sei, könne er dieses bisher nicht für alle Schulen selbst anbieten.

Frau Weber-Trappiel bemerkt, bei Bedarf könne sie als Schulsozialarbeiterin in Wybelsum klare Zahlen und Dokumentationen zum Thema Gewalt im Bus sowie zum Thema Schulverweigerung vorlegen. Sie könne darlegen, was Gewalt im Bus im psychischen Bereich für Auswirkungen habe.

Frau Engelberts lobt die Arbeit des Arbeitskreises Verkehrsprävention und dankt insbesondere Herrn Santjer und Herrn Gärtner. Sie stellt heraus, dass der Arbeitskreis Verkehrsprävention in der Kommune sehr zuverlässig arbeite und bei den Eltern sehr präsent sei. Weiterhin hebt sie hervor, bei Fragen oder Anliegen habe man immer einen persönlichen Ansprechpartner und bekomme immer eine Rückmeldung.

Herr Sprengelmeyer erläutert, dass Herr Gärtner im Bereich Schulentwicklungsplanung in den einzelnen Planungsgruppen einbezogen werde. Er gibt an, Herr Gärtner sei beispielsweise in der Planungsgruppe Grundschule Herrentor einbezogen worden, als das Thema Schulweg und Schulwegsicherheit thematisiert worden sei.

Er teilt mit, er werde den Hinweis auf die Schulbussicherheit im Rahmen der Schulentwicklungsplanung aufnehmen. Das Thema Schulbussicherheit begegne ihnen im Bereich Inklusion zukünftig häufiger. Er gibt an, dass Maßnahmen gefunden werden müssten, die die Schulbussicherheit gewährleisten.

Er schlägt vor, im Rahmen lebenslangem Lernen ebenfalls einen Kurs für Eltern zum Thema Verkehrsprävention anzubieten.

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

Herr Ohling äußert sich zum Thema „Kurs für Eltern“. Er erläutert, dass die Eltern bei Einschulung ihrer Kinder Informationen zum Verhalten auf dem Schulweg bekämen. Es werde gründlich aufgeklärt, was beim Schulweg mit dem Auto oder auch mit dem Fahrrad zu berücksichtigen sei. Dies sei zumindest bei der Grundschule Wolthusen so gewesen. Er betont, dass er dieses Projekt befürworte.

Frau Grix bedankt sich für die Präsentation.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Ferienpass 2014 - Bericht über den Ferienpass
Vorlage: 16/1616

Ergebnis: Vertagt

TOP 11 Kinder- und Jugendschutz
Vorlage: 16/1617

Ergebnis: Vertagt

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 12 VW Kindergarten;
Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2015
Vorlage: 16/1618

Herr Ohling merkt an, die CDU-Fraktion begrüße es, dass der VW-Kindergarten seit 3 Tagen geöffnet habe, da frühkindliche Erziehung sehr wichtig sei.

Er fragt an, ob die Kosten für die Kinder der Landkreise Aurich und Leer, die den VW-Kindergarten besuchen wollen, von den Landkreisen übernommen werden.

Weiterhin bittet er um Auskunft, welche Auslastung der VW-Kindergarten zum neuen Kindergartenjahr am 01.08.2015 habe.

Herr Ubben erläutert, dass zurzeit ein Kind aus der Gemeinde Hinte im VW-Kindergarten betreut werde. Für dieses Kind liege eine entsprechende Kostenzusage der Gemeinde Hinte vor. Er betont, dass keine Aufnahme von gemeindefremden Kindern erfolge, wenn keine Kostenzusage der jeweiligen Heimatkommune vorliege. Er bezweifelt, dass zum Kindergartenjahr 2015/2016 der Kindergarten eine volle Auslastung habe. Er habe die Erfahrung gemacht, dass der Bedarf zunächst rückläufig sei. Von 8 Betreuungsgruppen könne aufgrund des Entwicklungsprozesses nicht ausgegangen werden. Er gibt an, derzeit müsse man von 5 Betreuungsgruppen ausgehen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 27 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 03.03.2015

TOP 13 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Sprengelmeyer dankt für die vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der ersten Kinder- und Jugendmesse „Positive Welle“ in der Nordseehalle Emden.

Herr Ubben äußert sich nochmals zum Thema „VW Kindergarten“. Der Anmeldezeitraum für die Kindertagesstätten sei zwar abgelaufen, er könne jedoch keine Auskunft über die Auslastung im Krippenbereich geben, da er noch nicht alle Rückmeldungen habe.

TOP 14 Anfragen

1. Spielplatz Emsschule

Frau Lechner schildert, der Spielplatz an der Emsschule sei zurzeit gesperrt. Sie fragt an, ob der Spielplatz in Zukunft wieder geöffnet werde oder ob dieser dauerhaft gesperrt bleibe.

Herr Sprengelmeyer entgegnet, der Spielplatz der Emsschule sei zurzeit gesperrt, da das Gebäude derzeit leer stehe. Er könne keine Aussage zu dem Thema treffen, da nicht geklärt sei, was zukünftig mit dem Gebäude passiere.

2. Einstellung des Programmes „Puppvisit“

Herr Fooker erinnert bezüglich des Themas „Einstellung des Programmes Puppvisit“ an den Antrag vom 16.12.2014 der FDP-Fraktion, indem gefordert worden sei, dass die Verwaltung im nächsten öffentlichen Jugendhilfeausschuss eine inhaltliche Stellungnahme abgeben solle. Er merkt an, im Rahmen einer Anfrage im Finanzausschuss am 21.01.2015 sei an den Antrag erinnert worden. Am 27.01.2015 sowie am 31.01.2015 sei per E-Mail an Herrn Jahnke nochmals um eine Stellungnahme gebeten worden.

Die FDP-Fraktion wünscht weiterhin eine Stellungnahme zu dem Thema „Einstellung des Programmes Puppvisit“.

Herr Sprengelmeyer kündigt an, die Verwaltung werde zum nächsten Jugendhilfeausschuss eine Vorlage zum Thema „Einstellung des Programmes Puppvisit“ vorlegen.

Herr Jahnke ergänzt, die Einstellung des Programmes „Puppvisit“ sei eine politische Forderung im Rahmen der Haushaltstrukturkommission gewesen. Er erklärt, dass im Rahmen des Antrages der FDP-Fraktion selbstverständlich noch Zahlen und Daten vorgelegt würden. Im Rahmen der Diskussion in der Haushaltstrukturkommission müsse man Maßnahmen zur Disposition stellen, um strukturelle Veränderungen zu erreichen. Er hofft, durch das Projekt Familienhebamme und das Teilprojekt Familienkinderkrankenschwester könne die Steigerung der Fallzahlen im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung eingedämmt werden. Im nächsten Jahr müsse geschaut werden, an welchen Stellen die Projekte tatsächlich geholfen haben.

3. Kinder- und Jugendmesse „Positive Welle“

Frau E. Meyer spricht der Verwaltung und allen Mitwirkenden der Kinder- und Jugendmesse „Positive Welle“ in der Nordseehalle Emden ein Lob aus. Sie habe nur positive Rückmeldungen vernommen. Sie schlägt vor, die Veranstaltung solle auch im nächsten Jahr fortgeführt werden.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.